



Evangelische

Verantwortung

Den Bürgerinnen und Bürgern

Heimat geben

Angela Merkel

Im Mittelpunkt der Arbeit der neuen Bundesministerin steht in der laufenden Legislaturperiode die Erarbeitung eines Gleichberechtigungsgesetzes, die Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf sowie Sonderprogramme zur Verbesserung der Situation von Frauen und jungen Menschen in den neuen Bundesländern. In diesem Beitrag beschäftigt sich die Ministerin insbesondere mit dem Verhältnis zu den Menschen in den neuen Bundesländern.

Es mehren sich die Stimmen derer, die vor sozialen Unruhen in den neuen Bundesländern warnen. Und in der Tat hat sich bei den Menschen zwischen Rostock und Chemnitz auch Enttäuschung breitgemacht. Zu gravierend ist die Umstellung von den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft in die so anders geartete soziale Marktwirtschaft. Die nicht geliebten, aber gewohnten gesellschaftlichen Verhältnisse im SED-Staat sind zusammengebrochen. Viele Menschen fühlen sich nun in der Zeit des Umbruchs allein gelassen und sind orientierungslos.

In dieser Zeit ist es eine wesentliche politische Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern Orientierung zu geben und Perspektiven zu eröffnen. Wenn uns das in den nächsten Monaten gelingt – und ich werde meinen Teil in den Bereichen Frauen und Jugend dazu beitragen – dann werden wir sehen, daß Enttäuschung durch eine neue Hoffnung abgelöst wird.

Dabei ist die neue Orientierung keine Einbahnstraße. Vielmehr führt das Zusammenwachsen der Menschen auch in den alten Ländern zu neuen Sichtweisen. Seit der Vereinigung kann man beobachten, daß beispielsweise die Frage der Kinderbetreuung unter neuen Vorzeichen diskutiert wird. Un-

ter frauen- und jugendpolitischen Gesichtspunkten ist die Kinderbetreuung eine Schlüsselfrage. Denn an der Frage, ob eine ausreichende Zahl an Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung steht, wird sich entscheiden, ob Frauen ihren Lebensweg frei wählen können, nämlich verantwortlich zwischen Erwerbstätigkeit, Kindern und Berufsunterbrechung zu entscheiden oder Familie und Beruf besser miteinander zu verbinden. Während es bei der Verabschiedung des „Kinder- und Jugendhilfegesetzes“ in



**Ministerin Dr. Angela Merkel:
Sachliche Diskussionen führen!**

Liebe Freunde!

Ihr habt die Geschichte oft gehört, die sich an diesem Tag zutragen hat, nachdem Christus auferstanden war und wißt, wie die lieben Jünger Christi und die Frauen ganz unerwartet von einer Freude ergriffen wurden, daran sie mit keinem Gedanken gedacht hatten.

Dieselbe Geschichte sollte man ja wohl mit mehr Worten ausmalen, wenngleich es sehr viele sind, die zu früh klug werden und meinen, sie kennen diese und dergleichen Geschichten sehr wohl, und auf etwas Neues harren und warten. Doch wir wollen uns, liebe Freunde, als solche bescheiden, die es noch nicht wissen und wollen sagen, warum solche Geschichte geschehen und warum sie uns von Nutzen ist.

Es ist eine sehr schlechte Kunst, solch eine Geschichte zu kennen und darüber reden zu können, wenn man das nicht weiß: wozu sie mir und dir nützt und dient, Denn sie ist darum geschehen, damit uns allen dadurch geholfen und geraten würde.

Martin Luther

Predigt am Ostersonntag, 17. 4. 1530

Erst der dramatische Kostenanstieg im Bereich der Heimpflege hat die Regelungsbedürftigkeit des Pflegefallrisikos deutlich gemacht.

Hilfen wurden in der Vergangenheit vorwiegend den Pflegebedürftigen gewährt. Die Pflegepersonen gingen zu meist leer aus, obwohl sie durch ihre Bereitschaft zur Übernahme der Pflegetätigkeit – oft unter großen persönlichen Opfern – einen Heimaufenthalt vermieden haben.

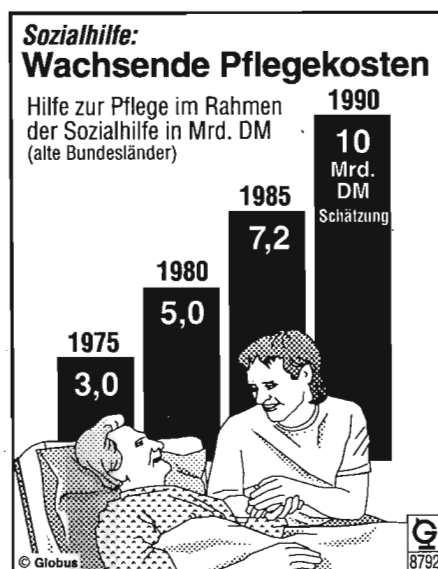
Unterstützung der häuslichen Pflege

Zur Unterstützung der häuslichen Pflege hat die CDU geführte Bundesregierung in der abgelaufenen Legislaturperiode Maßnahmen in verschiedenen Bereichen ergriffen. Erwähnenswert ist die Einführung eines vierwöchigen Erholungsurlaubs für Pflegepersonen von schwer Pflegebedürftigen. In dieser Zeit finanziert die Krankenkasse eine Ersatzkraft. Seit diesem Jahr übernimmt die Krankenkasse zur Unterstützung der häuslichen Pflege 25 Pflegeeinheiten im Monat oder gewährt eine Geldleistung von 400,- DM. Außerdem können Aufwendungen für die Pflege bis zu 1800,- von der Steuer abgesetzt und ab 1992 Beiträge zur Rentenversicherung von Pflegepersonen entrichtet werden, die wie Pflichtbeiträge bewertet werden.

Ab 1992 werden auch **Zeiten der häuslichen Pflege in der Rentenversicherung berücksichtigt**. Dies ist besonders für die Pflegepersonen von Bedeutung, die wegen der Übernahme der Pflegeleistung in der Familie auf eine Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise verzichten müssen. Neben den finanziellen Einbußen und Belastungen mußten sie auch Nachteile bei der Altersversorgung hinnehmen.

Schwerpunkt weiterer Maßnahmen muß auch in Zukunft die Unterstützung der häuslichen Pflege bleiben. Hierzu gehört, neben dem weiteren Ausbau der Leistungen und entlastenden Hilfe für Pflegepersonen, eine Erweiterung des Angebots von Tagespflegeplätzen und die Einrichtung von Kurzzeitpflegestationen in Krankenhäusern. Hier bietet sich auch eine Umwidmung von überzähligen Krankenhausbetten an. Außerdem müssen pflegende Angehörige durch ein dichtes Netz von Sozialstationen weiter entlastet werden. Hinzu kommen muß aber auch eine **moralische Unterstützung** der Familienangehörigen. In den

letzten Jahren haben sich bereits Gesprächskreise gebildet, in denen Pflegepersonen der Rücken gestärkt wird für ihre schwere Aufgabe.



Aufwertung der Pflegeberufe

Ein in der aktuellen öffentlichen Diskussion etwas zu wenig beachteter Punkt ist der Umstand, daß die Personalengpässe im Pflegebereich letztlich nur durch eine Aufwertung der Pflegeberufe insgesamt behoben werden können.

Der Einsatz von Zivildienstleistenden oder gar die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für junge Frauen sind keine geeigneten Mittel, um den vorhandenen Personalmangel zu schließen. Alten- und Krankenpflege beinhalten mehr als nur die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen.

Neben einer Neustrukturierung der Besoldungsstruktur und einer Anpassung der Planstellensituation müssen die Arbeitsabläufe der Pflegepersonen in Alten- und Pflegeheimen wie auch in Krankenhäusern unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf neu überdacht werden.

Hier liegt eine Ursache für die hohe Personalfuktuation bereits nach wenigen Berufsjahren. So gibt es viel **zu wenig Teilzeitarbeitsplätze**, und für Pflegerinnen, die im Schichtdienst tätig sind, fehlen unterstützende Maßnahmen zur Kinderbetreuung. Nicht zuletzt sieht sich das Pflegepersonal immer stärker berufsfremden Tätig-

keiten ausgesetzt, nehmen administrative Aufgaben zu, so daß die rein pflegerischen Tätigkeiten zu kurz kommen. Der Bundesforschungsminister hat jetzt eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die Anregungen zur Erleichterung der Pflegetätigkeit vor allem durch technische Hilfen entwickeln soll. Dahinter steht auch der Gedanke, mehr Zeit zu gewinnen für die menschliche Betreuung der Pflegebedürftigen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Aufwertung der Pflegeberufe ist eine bundeseinheitliche gesetzliche Grundlage für den Beruf des Altenpflegers, die den tatsächlichen Anforderungen bei der Pflege und Betreuung älterer Menschen umfassend Rechnung trägt. Hierzu wird die Bundesregierung schon sehr bald einen Gesetzentwurf vorlegen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß auch die hauptamtliche Pflege, ob sie nun in Sozialstationen oder in Pflegeeinrichtungen ausgeübt wird, immer auf die Unterstützung freiwilliger ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer angewiesen ist. In diesem Zusammenhang muß verstärkt über Möglichkeiten der sinnvollen Ergänzung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit nachgedacht werden. Viele Menschen suchen, wenn sie aus dem Berufsleben ausscheiden oder wenn ihre Kinder sie nicht mehr brauchen, nach neuen sinnvollen Betätigungsfeldern. Es ist gut vorstellbar, daß in der Generation, die erst am Beginn des dritten Lebensabschnittes steht, manche hier eine neue Aufgabe finden. Dies muß gefördert und unterstützt werden.

Aufbau einer vierten Säule

Die Versorgung schwer- und schwerstpflegebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft setzt also ein Netzwerk unterschiedlicher Institutionen, Einrichtungen und Maßnahmen voraus. Leistungen zur Unterstützung der häuslichen Pflege, die es den Pflegebedürftigen erlauben, in ihrer gewohnten Umgebung bei Menschen zu bleiben, die sie kennen und mit denen sie vertraut sind, der Ausbau eines flächendeckenden Netzes von ambulanten sozialen Diensten, die Einrichtung von Kurzzeitpflegeplätzen und die Verbesserung der sozialen Situation von Heimbewohnern sind weder

durch staatliche Leistungen allein noch mit freiwilligen Beiträgen zu finanzieren.



Parlamentarische Staatssekretärin Roswitha Verhülsdonk, MdB: Solidargemeinschaft bilden

Das Pflegefallrisiko in einer alternierenden Gesellschaft hat eine Dimension erreicht, die den Aufbau einer vierten Säule in unseren Systemen der sozialen Sicherung notwendig macht. Nur dadurch ist gewährleistet, daß die Hilfen für Pflegebedürftige und Pflegepersonen in einem System zusammengeführt und konzentriert werden. Eine eigenständige staatliche Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenkassen bildet von der thematischen Nähe der Problemlage her wie von der Verzahnung der Organisation die besten Voraussetzungen für die Bewältigung der anstehenden Probleme.

Eine sozialversicherungsrechtliche Lösung hat gegenüber einer freiwilligen Versicherung den erheblichen Vorteil, daß sie sofort greift und auch die jetzt schon Pflegebedürftigen in die Leistungen einbezieht. Sie verschiebt die Lösung des Pflegenotstandes nicht in die Zukunft. Einwände, daß eine Pflichtversicherung das Risiko in sich berge, daß pflegebedürftige ältere

Absicherung des Pflegerisikos

»Es ist ein gutes Zeichen, daß nach wie vor die meisten Pflegebedürftigen zu Hause von Familienangehörigen gepflegt werden. Menschen sind also zum Dienst der Nächstenliebe bereit, auch wenn dies oft jahrelangen Verzicht auf Urlaub und bis an die Grenzen gehende Belastungen mit sich bringt. Die Begleitung, Unterstützung und Entlastung pflegender Familienangehöriger muß weiterentwickelt und verstärkt werden. Dazu gehören Entlastungsangebote wie Kurzzeitpflege und Tagespflege, Angebote der Begleitung und Gesprächskreise. Die erweiterte Anrechnung der Kindererziehungszeiten ist ein Fortschritt. Dies sollte in gleicher Weise auch für Zeiten der häuslichen Pflege älterer Angehöriger oder Behinderter eine Möglichkeit werden.

Die größte noch ungelöste Frage bleibt die Absicherung des Pflegerisikos. **Bei immer höher werdender Lebenserwartung steigt auch die Zahl hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen.** Über die Art und Weise einer Pflegeversicherung einen gesellschaftlich tragfähigen Konsens herbeizuführen, ist das Ziel auch diakonischer Bemühungen. Dabei sollte eine Gleichbehandlung ambulanter und stationärer Dienste gewährleistet sein und Entscheidungskriterien entwickelt werden, die sich an den Bedürfnissen des betroffenen alten Menschen orientieren. In der Koalitionsvereinbarung für die 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wurde festgestellt, daß die Bundesregierung bis zum 1. Juni 1992 dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Absicherung bei Pflegebedürftigkeit vorlegen wird. Es ist im Interesse der betroffenen Menschen zu hoffen, daß möglichst bald ein **politischer Konsens** erreicht wird, damit eines der elementarsten Lebensrisiken sozialversicherungsrechtlich abgesichert werden kann. <<

aus: Bericht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Martin Kruse, auf der 8. Tagung der 7. Synode, die vom 22.-24. 2. 1991 in Berlin stattgefunden hat.

Menschen vermehrt aus der Familie in Heime abgeschoben werden könnten, sind durch neuere Erfahrungen in den Niederlanden widerlegt worden.

Lösungsansätze

Entscheidend ist das Vorhandensein einer Infrastruktur von ambulanten und sozialen Diensten zur Unterstützung der Pflegepersonen, die die häusliche Pflege übernehmen. Das Leistungsprofil einer jeden Versicherung muß sich also an den Interessen der Pflegebedürftigen und ihrer Familien orientieren. Daraus folgt zwangsläufig, daß Hilfen für die häusliche Pflege Vorrang haben vor anderen Maßnahmen.

Pflege

Erstmals gibt es in der Krankenversicherung nun Leistungen für Schwerpflegebedürftige und ihre Helfer: Seit Januar 1989 eine Urlaubs-Pflegevertretung im Wert von 1800 DM, ab 1. Januar 1991 stehen ganz Deutschland für Schwerpflegebedürftige 400 DM Pflegegeld oder bis zu 750 DM für Sachleistungen im Monat zur Verfügung.

Ermutigend ist, daß inzwischen in der Gesellschaft wie auch bei allen politischen Parteien eine weitgehende Übereinstimmung zumindest in zwei Punkten festgestellt werden kann: Eine umfassende sozialpolitische Lösung des Pflegefallrisikos muß noch in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen werden. Die Belastungen müssen auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden. Die Pflegebedürftigen müssen in zumutbarer Weise ebenso zu Leistungen herangezogen werden wie die Solidargemeinschaft der Versicherten und die öffentliche Hand.

Es wäre gut, wenn es uns wie bei der Rentenreform 1992 gelingen würde, den Aufbau der Säule Pflege in unserem sozialen System im Zusammenwirken aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen zu realisieren. Die betroffenen Menschen, ob Pflegerinnen und Pfleger oder Pflegebedürftige, würden es uns danken.

Ann.: Roswitha Verhülsdonk, MdB, ist Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie und Senioren.

Das neue Europa beginnt

Der Golfkrieg und die europäische Weltzivilisation

Ingo Friedrich

Am Ende des 20. Jahrhunderts, zu dessen Beginn anlässlich des Kriegsausbruches 1914 der englische Außenminister Edward Grey noch prophezeite, jetzt gehen in Europa die Lichter aus und sie werden in diesem Jahrhundert nicht mehr leuchten, sieht alles ganz anders aus: Westeuropa – also die heutige EG – erlebt seit nahezu 45 Jahren eine ununterbrochene Aufbauphase und erstrahlt in einem neuen Glanz, der dieses Westeuropa zu einer der attraktivsten Regionen der Welt gemacht hat.

Ganz Mittel- und Osteuropa träumen von einer Teilhabe an dieser Entwicklung und wünschen nichts sehnlicher als die „Rückkehr nach Europa“.

Der Erfolg der EG kann im Prinzip auf zwei Errungenschaften zurückgeführt werden:

- Die EG-Länder erreichten wirtschaftlichen Wohlstand, gekoppelt mit politisch stabilen und demokratischen Strukturen, wobei sich das Konzept der sozialen Marktwirtschaft weitgehend durchsetzte;
- neue EG-Mitglieder konnten bleiben was sie sind, und wurden trotzdem Europäer, eben französische, englische oder deutsche Europäer.

Es klingt fast wie im Märchen, die Mitgliedsstaaten mußten nur jene Souveränitätsrechte an die EG abgeben, die sie in Zukunft allein ohnehin nicht mehr ausüben könnten und bekommen dafür Stabilität, Demokratie und Wohlstand sowie Frieden mit den Nachbarn praktisch kostenlos ins Haus geliefert. Allerdings ist jetzt die Zeit gekommen, durch eine strukturelle und institutionelle Weiterentwicklung der EG die Erfolge abzusichern und ins nächste Jahrhundert zu übertragen.

In den zwölf Monaten des Jahres 1990 verdichteten und beschleunigten sich die **europäischen Erfolgstationen** so intensiv, daß die Geschichtsbücher dereinst nicht nur von einer Renaissance des alten Europa, sondern vielleicht sogar von einem neuen europäischen Zeitalter sprechen werden. Man erinnere sich:

- Der Offenbarungseid der kommunistischen Einparteiendiktatur stalinistischer Prägung und die weltweite Existenzkrise der sozialistischen Ideologie führten zur unmittelbaren Orientierung sämtlicher ost- und mitteleuropäischer Staaten sowie der westlichen Teile der Sowjetunion auf Europa hin;
- die Verwirklichung der Einheit Deutschlands, dem zentralen und

einflußreichsten Staat Europas, in Frieden und Freiheit und in enger europäischer Einbindung, veränderten die Strukturen von NATO, KSZE und EG; eine Beschleunigung in Richtung mehr Integration wird allenthalben sichtbar;

- die KSZE-Friedenskonferenz von Paris hat praktisch für 34 europäische Staaten einen gemeinsamen Friedensvertrag verabschiedet. Nimmt man die transatlantische Erklärung zwischen USA und EG, sowie das enger werdende Netz weltweiter Verträge wie GATT hinzu, so sieht man die Umrisse eines neuen Bündnisses zwischen Nordamerika, Gesamteuropa, Nordasien und Japan, ein Bündnis, das die größte Zusammenfassung technischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und militärischer Potentiale bedeutet, die es je in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. In der Mitte und am zentralen Angelpunkt dieses Bündnisses steht jetzt wieder Europa;
- der Sieg der „europäischen“ Parteien CDU, CSU, FDP bei der Bundestagswahl 1990 zeigte, daß sich antieuropäische Politik auch national nicht mehr lohnt;
- der Rücktritt der englischen Regierungschefin Margaret Thatcher „wegen Europa“, der Beginn der Regierungskonferenz der EG-Staaten in Rom und die Diskussion über einen EG-Beitritt praktisch aller europäischer Staaten incl. der Schweiz, sind weitere Indizien für die Dynamik und Anziehungskraft der Europäischen Gemeinschaft.

Erst die Analyse der tieferen Ursachen für diese erstaunlichen Veränderungen läßt die zu erwartende weitere Entwicklung erahnen, weil sie nachweist, daß hier nicht blinder Zufall wirkte, sondern von den Europäern – durchaus im Popperschen Sinn – historische Erfahrungen von mehr als zweitausend Jahren genutzt werden.

Die erste dieser Erfahrungen ist die Revision des alten Denkens „wenn es meinem Nachbarn schlecht geht, geht es mit gut“. Heute gilt die umgekehrte Formel „helfe ich meinem Nachbarn, dann helfe ich mir selbst“; eine gesunde europäische Solidarität hat das Rivalitätsdenken des 19. Jahrhunderts abgelöst.



Dr. Ingo Friedrich: Anziehungskraft der Europäischen Gemeinschaft bestätigt sich zur Zeit

Insbesondere die Erfahrung, daß das Christentum moralische und ethische Werte vermittelt, die das Zusammenleben von Menschen in Toleranz, Frieden und Ordnung ermöglichen und erleichtern, findet hier ihre europäische Bedeutung; als weiteres kommt die Erfahrung hinzu, daß eine marktorientierte Volkswirtschaft bei geeigneter Rahmensetzung durchaus im Gleichgewicht mit sozialen und ökologischen Anforderungen Erfolg haben kann, sowie die Tatsache, daß die Montesquieuische Gewaltenteilung, soziale Demokratie und Menschenrechte die Voraussetzungen für eine erfolgreiche, freiheitliche und staatliche Ordnung bilden und schließlich die Erfahrung, daß die Aufhebung des trennenden Charakters nationaler Grenzen vorteilhaft für alle Beteiligten sein kann.

Daraus folgert: Nur bei Nutzung dieser global anwendbaren Erkenntnisse und Werte können auch andere Weltregionen eine ähnlich erfolgreiche, friedliche Zivilisation erreichen wie Europa und die USA.

Das heißt aber auch, Europa hat in der praktischen Politik einen Erfahrungsvorsprung vor vielen anderen Teilen der Welt und in diesem Sinne gilt: Nur wer bereit ist, die europäischen Zivilisationswerte in geeigneter Weise zu übernehmen, hat die Chance einer dauerhaft stabilen, demokratischen Entwicklung in Wohlstand und Freiheit.

Die Konsequenzen für den Nahen Osten und die zukünftige Weltentwicklung

Irak und sein Diktator Saddam Hussein werden als eine der ersten die Erfahrung machen, daß eine existenzielle Herausforderung der europäischen Welt nicht mehr erfolgreich durchgestanden werden kann, weil hier nicht nur eine Region angegriffen wird, sondern ein weltweit wirksames Zivilisationsprinzip.

Die leider leiser werdenden Stimmen der Vernunft aus dem arabischen Lager haben längst erkannt, daß wir einer Weltkultur entgegengehen, ohne allerdings die Besonderheiten und Individualitäten der Glieder dieser Kultur einzuebenn. Die europäisierte Welt ist dabei der Träger und Pionier dieser Weltzivilisation und insofern ist der Golfkrieg auch als verzweifelter Versuch eines Teiles der arabischen Welt zu verstehen, der unausweichlichen „Verwestlichung“ ihrer Länder zu entgehen.

Zwar beabsichtigt der europäische Westen gar nicht, die arabische Welt zu missionieren, aber er muß bei aller Toleranz verlangen, daß die völkerrechtlichen Spielregeln, wie sie in der UNO als konstitutionelle Elemente festgelegt wurden, auch für die arabische Welt gelten müssen. Insofern tobt am Golf kein Krieg „Arabien gegen die westliche Welt“ – wie Saddam Hussein es gerne darstellen möchte – sondern ein Krieg um die Einhaltung von Prinzipien, die vom Westen zwar „erfunden“ wurden, aber weltzivilisatorischen Charakter besitzen.

Die Herausforderungen der Zukunft werden für die europäische Welt nicht geringer: Im Gegenteil, es wird auch künftig gewaltige Aufgabenstellungen geben, allerdings mit einer Schwerpunktverlagerung hin zum Klima-, Umwelt- und Naturschutzaspekten, zu Problemen eines freien Welthandels, der Bewältigung des Welthungers und einer Weltentwicklungshilfe und – hoffentlich – seltener auf dem militärischen Sektor.

Politische Strukturierung Europas

Die detaillierte Ausgestaltung und politische Strukturierung Europas wird noch erhebliche Anstrengungen erfordern: Wie weit sollen etwa die Vereinigten Staaten von Europa räumlich gehen und wo soll tatsächlich die neue Union der souveränen Sowjetrepubliken beginnen? Was geschieht mit

den baltischen Staaten, mit Georgien, der Ukraine oder Weißrußland? Hinzu kommt die außerordentlich schwierige Lösung der Nationalitätenkonflikte in den vermischten Regionen, etwa in Jugoslawien und anderen Teilen in Mittel- und Osteuropa.

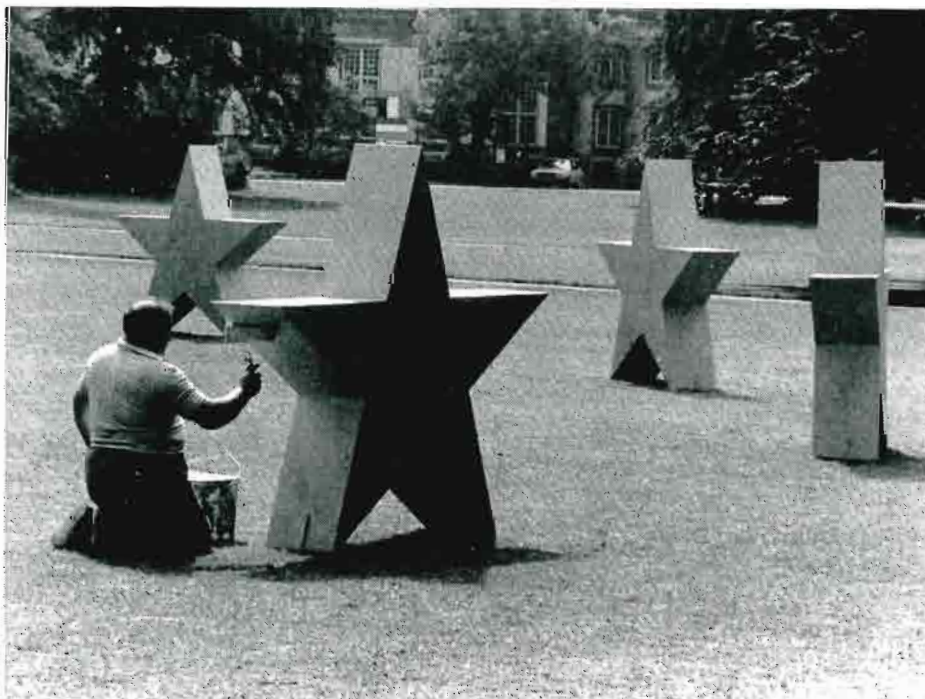
Die Weiterentwicklung der armen Regionen der Welt wird sich auch in Zukunft als eine äußerst schwierige Gratwanderung zwischen erfolgreicher Hilfe zur Selbsthilfe und dem Vermeiden einer neuen Kolonialpolitik darstellen.

Nachdem es auf der Welt auch zukünftig kein Paradies geben wird, ist die europäisierte Region der Welt auch weiterhin gezwungen, auf dem Weg des pionierhaften Lernens aus früheren Irrtümern weiterzugehen und sich vertreten für andere Regionen Erfahrungswissen anzusammeln und weiterzugeben.

Für EG-Europa und seine Nachbarn weisen die Ereignisse des Jahres 1990 darauf hin, daß wir uns auf eine beschleunigte Entwicklung hin zu den Vereinigten Staaten von Europa einstellen müssen. CDU und CSU haben im Rahmen ihrer Einbindung in die europäischen Parteien EDU und EVP bereits frühzeitig auf diese Entwicklung hingewiesen und ihren Schwerpunkt auf die Herausarbeitung und Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in EG-Europa gelegt.

In der Zwischenzeit wurde EG-weit die Bedeutung und der Sinn dieses Prinzips erkannt und in die aktuelle Politik, insbesondere durch die EG-Kommissionsmitglieder Delors und Schmidhuber, übernommen. Neu hinzu kommt die **herausgehobene Stellung der Regionen**, so daß zukünftig von einer neuen Arbeitsteilung ausgegangen werden kann: Neben der Region, also z. B. den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, werden die nationale Ebene und die kontinentale EG-Ebene eine förderativ gestaffelte Arbeitsteilung vereinbaren, die sich nach CDU/CSU-Vorstellung am strikten Subsidiaritätsprinzip orientieren muß.

In diesem Sinne hat 1990 das neue Europa begonnen.



Europa-Parlament, Straßburg: Die Europa-Sterne werden mit Anstrich versehen
Foto: P. Glaser

Anm: Dr. Ingo Friedrich, MdEP, aus Gunzenhausen ist Bezirksvorsitzender des EAK Mittelfranken.

Verkündigung nach dem Ende des Sozialismus

Hans-Martin Pawlowski

Wenn man der Frage nachgeht, was sich aus den Wandlungen der letzten Jahre für *unser* Reden über den Sinn der Welt ergibt, so empfiehlt es sich zunächst, drei verschiedene Funktionen auseinanderzuhalten, die die sozialistische Ideologie in den vergangenen Jahrzehnten übernommen hatte: Diese Ideologie beschäftigt sich nämlich einmal – vordergründig – mit der Organisation der Wirtschaft und Gesellschaft. Und in dieser Funktion war sie zu lange obsolet, da niemand auf der Welt mehr glaubt, daß der Sozialismus bessere wirtschaftliche Ergebnisse verspricht.

Die sozialistischen Lehren dienten zum anderen der Legitimation von Herrschaft – und hatten insofern zentrale Bedeutung insbesondere in Afrika. Denn diese Ideologie kann dort über Stammesgrenzen hinaus von Bedeutung sein, während demokratische Anstimmungen z. Zt. in Afrika Stammesgrenzen noch nicht überwinden können. Insofern mag diese Ideologie dort weiterhin Bedeutung haben. Bei uns interessiert dieser Aspekt aber nicht, da hier der demokratische Mechanismus funktioniert – und zwar selbst nach den Auffassungen unserer „Fundamentalopposition“ jedenfalls besser als alle elitären Konstrukte.

Sozialistische Lehren hatten aber schließlich auch Bedeutung als System der Sinngebung – insbesondere für sog. Freidenker, die nach ihrem Verständnis über die Religion hinausgewachsen sind (und deshalb – wie *wir* sagen würden – leicht einem Irrglauben anheimfallen): Für sie beschrieben die sozialistischen Lehren, was für Menschen gerecht und ungerecht ist und sie suchen dafür *Beweise* an, nämlich Hinweise auf den Gang der Geschichte, die sich in der Befreiung von staatlicher Bevormundung ihr Ziel finden.

Dabei hatten die Aussagen zu diesem Aspekt für Intellektuelle zudem noch dadurch Anziehungskraft, daß sie sich wissenschaftlich gaben und damit ihrem Bewußtsein Rechnung tragen, über das Bedürfnis Religion hinausgewachsen zu sein – man erinnere sich an Transparente und Plakate in der DDR, auf denen stand „Der Marxismus ist wahr, weil er Wissenschaft ist“.

Von diesem Aspekt her ist es zu erklären, daß heute immer noch einige davon sprechen, daß sie weiterhin an ihren „sozialistischen Idealen“ hängen. Auf dieser Ebene werden wir uns also mit dem Sozialismus auseinandersetzen müssen.

Gerechtigkeitsfrage in Sozialismus

Was nun aber im Hinblick auf die Gerechtigkeitsfrage am Zusammenbruch des Sozialismus besonders beeindruckt, ist der Umstand, daß gerade alle die Übel, die der Sozialismus abzuschaffen versprach, weil sie ungerecht seien, im realen Sozialismus *geballt* auftraten – so die Ausbeutung der Arbeiter durch die, die über den Produktionsapparat bestimmten, die Verelendung der Massen, die Beseitigung des Mittelstandes durch die immer stärkere Konzentration des Kapitals, die Ausdehnung bürokratisch-diktatorischer Herrschaft und der Verlust an Innovationsfähigkeit.

Man kann geradezu sagen, daß es den Sozialismus kennzeichnet, gerade die Übel zu befördern, die er zu beseitigen versprach. Und dies war auch keineswegs das Ergebnis der Tätigkeit einiger weniger *böser* Sozialisten – also das Werk *Stalins*, *Honeckers* usw. Man erinnere sich nur daran, daß *Lenin* die Diktatur des Proletariats in einem Lande einzuführen unternahm, in dem es weniger Proletarier (also Arbeiter) gab als Adlige. Das war kein humanes Vorgehen, sondern ein Verfahren, das ideologisch *nur* durch die vermeintlichen Gesetze der Geschichte gedeckt war – und daß sich seinen Adepten im übrigen praktisch dadurch empfahl, daß es seiner neuen „Elite“ Herrschaftspositionen versprach und verschaffte.

Humaner Ansatz des Sozialismus?

Und wer sich demgegenüber dann schließlich zum „jungen *Marx*“ flüchtet, um dort den „humanen Ansatz“ des Sozialismus zu finden – weil sich bereits der ältere *Marx* aufgrund seines Sendungsbewußtseins bekanntlich legitimiert fühlte, seine Umgebung auszubeuten –, der sollte sich sagen, daß



Prof. Dr. Pawlowski

er den *humanen* Ansatz des Sozialismus dort bestimmt nicht finden wird, ja junge Menschen normalerweise das *Unbedingte* suchen – also dazu neigen, ideologisch und nicht *human* zu denken.

Man wird allerdings darauf verweisen, daß es auch einen Sozialismus gab (und daher auch heute noch geben kann), der vom Marxismus unabhängig war – und sich dafür auf Saint Simon, Proudhon, Lassalle, die Fabier oder sonst angesehene Vertreter berufe. Und dazu werden heute nicht nur die sozialistischen Parteien neigen, sondern auch Teile der Sozialdemokratie. Es empfiehlt sich jedoch, die frühere enge Verbindung zwischen den Worten „sozial“ und „sozialistisch“ aufzugeben – weil es sich erwiesen hat, daß sozialistische Systeme gerade *nicht* sozial sind. Und die sogenannten sozialistischen Ideale, von denen manche noch immer sprechen, waren und sind nichts anderes als die „sozialen Ideale“ des jungen Bürgertums.

Karl Marx war insofern der Auffassung seiner Zeit und seiner Umgebung verpflichtet, wenn er für größere Gleichheit – und daher für eine bessere (gerechtere) Verteilung der Einkommen – eintrat oder für die Abschaffung unbegründeter Herrschaft, für die Humanisierung der Arbeitswelt usw. Dies alles hatten nicht nur schon *Rousseau*, *Kant* oder *Fichte* nachdrücklich gefordert – es waren und sind vielmehr allgemein anerkannte Ziele. Auch die CSU – und sogar die Republikaner – lehnen Ausbeutung ab und ebenso den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht oder des Eigentums überhaupt, ohne damit sozialistisch sein zu wollen oder zu sein.

Was aber zu einem gegebenen Zeitpunkt „sozial“ ist, darüber kann und wird man vielfach streiten – und das ist gut so. Was demgegenüber aber dann „sozialistisch“ ist, das ist einigermaßen genau *nur* im Marxismus beschrieben – und hängt dort dann mit den ideologischen Konstrukten des Marxismus zusammen – wie die Ablehnung des Privateigentums an Grund und Boden oder an Produktionsmitteln u. ä. m.

Die Gefahr also, die mit der Option für die Worte „sozialistisch“ und „Sozialismus“ verbunden ist, besteht also darin, daß damit immer auch die ideologischen Konstrukte des Marxismus angesprochen sind – man mag sich daran erinnern, daß auch in der SPD die Wiederbelebung des Wortes „sozialistisch“ begleitet war von der Rede vom „Stamokap“ und ähnlichen Wendungen. Es wird in Zukunft der Klarheit dienen, wenn man weiß, daß die Worte „sozialistisch“ und „Sozialismus“ marxistische und damit irrige ideologische Konstrukte bezeichnen – gleichviel, ob zu diesen Worten dann noch das Präfix „national“ oder international hinzutritt oder nicht.

Chance zur Sachlichkeit

Wenn man also überlegt, wie man heute von „Sinn“ und „Hoffnung“ reden kann, dann heißt dies zunächst einmal, daß man dabei nicht auf ideologische Konstrukte zurückgreifen kann – weder auf die der alten noch auf die neuer Ideologien. D. h. aber positiv gewendet, daß jetzt wieder die Chance zur Sachlichkeit gegeben ist – wie sie in etwas anderer Weise schon einmal in den 50er Jahren gegeben war, als es im Raum der evangelischen Kirche (noch) vielen klar war, daß das Evangelium zur Sachlichkeit befreit.

Anders als damals ist aber bei dieser neuen Chance zur Sachlichkeit daneben von vornherein auch klar, daß es dabei nicht um „christliche Politik“ in einem – toleranten – christlichen Staat gehen kann – wie es noch die Verfassungen und Schulgesetze unserer Länder aus den 50er Jahren nahelegten: Nämlich mit ihrer Verpflichtung zur Erziehung im Geist christlicher Nächstenliebe u. ä. m.

Heute ist klar, daß wir in einem pluralistischen Staat leben – zusammen mit Mohammedanern, Buddhisten, Atheisten und anderen mehr, die ebenso gleichberechtigte Bürger unseres Staates sind wie die frömmsten Christen. Wir können und müssen also

heute Luthers Lehre von den zwei Regimentern Gottes ernster nehmen, als dies in der Vergangenheit der Fall war – weshalb diese Lehre dann von vielen Theologen schon für tot erklärt wurde, woraufhin dann der Sozialismus als Sinngebungssystem auch in die Theologie und in den Glauben einzog: Nach der Lehre von Unterscheidung der zwei Regimenter bedarf der Staat (und also auch unser Staat) einer Grundlegung, die unabhängig ist von einem bestimmten Glauben – der Staat muß sich mit seiner Ordnung für die Anhänger aller bei uns vertretenen Glaubensrichtungen als sinnvoll darstellen, nämlich als ein Versuch zu richtiger gerechter Ordnung.

Und der Staat darf sich dabei zum anderen nicht als eine Macht darstellen, die von sich aus – selbstherrlich – entscheidet: Weil z. B. Christen nicht anerkennen können, daß es ein Gebiet gibt, das nicht unter der Herrschaft Jesu Christi steht, wie es die 2. These von Barmen ausdrückt.

Prozeß gegenseitiger Aufklärung

Damit stellt sich für uns aber die Aufgabe, auf die Erwartungen und Bedürfnisse auch derjenigen unserer Mitbürger einzugehen, die anders denken, als wir es gewohnt sind. Wir sind damit verwiesen auf einen dauernden Prozeß gegenseitiger Aufklärung und Anpassung. Und dieser Prozeß wird uns nicht zu einer gemeinsamen Wahrheit führen, sondern wir sind damit verwiesen auf einen dauernden Prozeß gegenseitiger Aufklärung und Anpassung. Und dieser Prozeß wird uns nicht zu einer gemeinsamen – allgemeinen – Wahrheit führen, sondern nur zum besseren Verständnis der verschiedenen Teilwahrheiten: Dieser Prozeß verspricht also nicht Klarheit, sondern höchstens „Unklarheiten auf einer höheren Ebene“. Das ist aber alles, was man hier auf Erden mit Fug erwarten kann.

Ann.: Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski leitet den EAK Baden.

Haifa im Februar 1991

Ein Reisebericht

Friedrich Menke

Auf der Höhe des Karmel liegt unser Nof-Hotel. Die Gäste schauen herab auf das schöne Haifa, den Hafen, die Uferpromenade, Parks, Kirchen, Synagogen, Moscheen und den berühmten Baha'i-Tempel. Es könnte so angenehm, heiter sein im arabisch-jüdischen Haifa, in den gastfreundlichen, jetzt gähnend leeren Hotels, aber die Touristen aus Europa oder Amerika bleiben aus. Krieg, unwirklicher, beängstigender Krieg bestimmt Israel, dessen große Städte, Haifa und vor allem Tel Aviv von irakischen Scudraketen heimgesucht werden. Israels ständige Gefährdung ist einer akuten existenziellen Bedrohung gewichen.

Moses hat das Volk Gottes in vierzig Jahren nur bis hierher geführt, er hätte es in weiteren vierzig Jahren bis in die Schweiz führen sollen. Ari Gurel, Haifas Bürgermeister verdeutlicht mit diesem Scherz die einleuchtende Sehnsucht vieler Juden, in Sicherheit und Frieden leben zu können. Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen waren seiner Einladung gefolgt und vom 3. bis zum 5. Februar '91 in die Partnerstadt gereist. Ziel und Gefahren dieser Reise waren tagelang Gegenstand vieler Gespräche im engsten Familienkreis.

Mein Fazit war: Man folgt dem Ruf von Freunden, wenn diese sich in einer kritischen Lage befinden. Und man darf davon ausgehen, daß eben diese selbst gefährdeten Freunde nichts Unerfüllbares erbitten. Die Familie

stimmte zu, doch blieb in mir ein Rest Besorgnis, ihr mehr als nötig zugemutet zu haben.

Isolation und Unsicherheit

Sicherheit wird auf den Flugplätzen, vor allem in Frankfurt und Tel Aviv großgeschrieben. Die Abflugzeiten der El Al-Flieger werden erst kurz vor dem Abflug bekannt, und ab Zypern sichern israelische Militärmaschinen den Luftraum bis Tel Aviv ab. El Al fliegt unversichert, aber gesichert; im schlimmsten Fall haftet der Staat. Luft-hansa, Air France und die anderen zivilen Luftlinien steuern Israel nicht mehr an. Risiken und Versicherungsprämien sind zu hoch. Briefe und Pakete erreichen kaum noch Israel, und so sind alle, denen das teure Telefonieren nach Israel kaum möglich ist,

getrennt von ihren Kindern oder Freunden in Europa oder in den USA. Dies trifft vor allem ärmere alte Menschen, die sich eben darüber in einer Altentagesstätte beklagten.

Isoliert kommen sich im Grunde alle Israelis vor. Es beherrscht viele das beängstigende Gefühl, allein auf dem Präsentierteller zu sein, ausgeliefert den Bedrohungen einer feindseligen Umwelt, insbesondere dem Irak Saddam Husseins.

Gleich nach der Ankunft probierten wir auf dem Flughafen in **Tel Aviv** die Gasmasken aus. Sie begleiteten uns ständig, im Bus, beim Essen, Besichtigen, ins Hotelzimmer. Bei einem nächtlichen Alarm hätte ich mich mit der Gasmasken in das Zimmer 712 oder 714 begeben müssen, mit Blick auf Fernseher und luftdicht zugeklebte Fenster mit den anderen wartend, daß – im günstigen Fall – bald entwarnt werden würde. Wir konnten zwei Nächte ungestört schlafen, doch weiß dies keiner vorher. Keiner weiß eben, ob und wann eine Rakete wieder Haifa treffen, ob sie mit einem chemischen Sprengkopf versehen sein und verheerend, ätzend, tötend wirken würde.

Wir blieben zwei Tage, die Menschen in **Haifa** oder Tel Aviv leben seit Wochen ständig mit der Gasmasken. Wie die Angst ist sie der ständige Begleiter. „Sie sehen uns Israelis gelassen, normal, aber glauben Sie mir“, sagte mir Josua Seelig, „wir haben hier alle Angst.“ Er ist Chairman des Bremen-Haifa-Kulturfonds, ist 1935 als 16-jähriger mit seinen Eltern aus Mannum nach Palästina ausgewandert, hatte als Soldat gekämpft, als Glasindustrieller Erfolg gehabt und machte einen klugen, selbstbewußten Eindruck, alles andere als ein ängstlicher Mensch. „Wir haben hier alle Angst“.

Diese Angst versucht man – erfolgreich, wie ich spürte – zu meistern. Man sorgt vor, stellt sich nüchtern auf die Gefahren ein; die Gasmasken ist verpflichtend, auch für kleine Kinder. Zimmer sind als Schutzräume präpariert, die Fenster und Belüftungskästen gegen Giftgas abgedichtet. Dasselbe Bild in Schulklassenräumen, in Kindergärten, Betrieben, Krankenhäusern, in allen Privatwohnungen. Mit einbrechender Dunkelheit eilen alle nach Hause. Kinos, Restaurants, Theater sind leer, das abendlich-nächtliche Leben dieser lebenslustigen Städte erstickt. Ein Mitreisender war im vorigen August hier und ist bedrückt vom Stimmungsumschwung.



„Kindergarten“ im Rambam-Krankenhaus

Gefahren gemeinsam meistern

Lehrer, Krankenschwestern oder Ärzte nehmen ihre kleinen Kinder mit in die Schule, in den Unterricht, in spezielle Kindergartenräume des Krankenhauses. Man will nicht getrennt sein, will die Gefahren gemeinsam bewältigen.

Im **Rambam Medical Center**, dem nach dem berühmten jüdischen Arzt und Religionsphilosophen Moses Maimonides (1135-1204) benannten größten Krankenhaus Haifas ist man auf den Ernstfall eingestellt. Seit Jahren trainieren Ärzte und Pflegepersonal, wie man Giftgasopfer oder Schrapnellverletzte retten und heilen kann. Beobachtungsfeld war auch der mörderische erste Golfkrieg zwischen Iran und Irak. Rambam ist weltweit führend in der Präventivmedizin oder in der Traumaforschung.

Jetzt ist aus diesen präventiven Übungen der mögliche, jederzeit eintreffbare Ernstfall geworden. Ärzte, Besucher und andere parken ihre Autos in den Nebenstraßen; der riesige Parkplatz neben dem Krankenhaus ist freigeräumt für überraschend ankommende Kriegsopfer. Wo sonst Autos stehen, sind Duschvorrichtungen angebracht, und unterschiedliche farbige Klebestreifen – blau für Kleinstkinder, grün für Schwerverletzte usw. – leiten die Rettungsmannschaften, bestehend aus freiwilligen Schülern oder Studenten auf schnellstem Wege in die jeweiligen Behandlungsräume. Dr. Zvi Ben-Isai, der kompetente, freundliche,

bestimmende Chefarzt informiert uns knapp und eindrucksvoll. **Man rechnet mit dem Schlimmsten.** Ein bis zweihundert dringliche Fälle können sofort und gleichzeitig behandelt werden. Die zusätzliche Belastung in diesen Wochen: Ärzte und Pflegepersonal arbeiten in überlangen Arbeitsschichten.

Dieser Arzt, ein jung wirkender Großvater, hat in den Kriegen 1967 und 1973 teilgenommen, jetzt dienen Söhne von ihm in einem Krieg, der Israel nicht erklärt, der aber in zivile Großstädte raketenschnell getragen wird, ein Krieg, dem man diesmal nicht offensiv, expansiv begegnen kann und will. So hält man – entgegen einer vierzigjährigen Strategie und Haltung – die rechte Wange hin, wenn die linke geschlagen wird. Diese disziplinierte Verteidigungspolitik, sagte Dr. Zvi Ben Isai, folgt aus Einsicht in die Notwendigkeit, jetzt nicht alle Araber gegen Israel aufzubringen, die anti-irakische Koalition nicht zu sprengen. **Der Preis ist für Israel hoch: Man läßt sich verteidigen.**

Die durchschlagende Wirkung einer Scud-Rakete zeigte der mehrgeschossige Flügel eines Einkaufszentrums, der wenige Wochen vor der Eröffnung weitgehend zerstört worden war. Diese Raketen sind ballistische Geschosse mit einer Treffunsicherheit von etwa 3 km im Durchmesser. Sie können überall einschlagen, auch in Wohnblocks oder Krankenhäuser. Es ist eine reine Terrorwaffe.

Deutsche Ingenieure und Firmen sollen mitgewirkt haben, die ursprüngliche russische Rakete auf eine Reich-

weite zu bringen, die Israel verwundbar macht. Deutsche Firmen sollen an der Produktion von Giftgas – vielleicht als militärisch verwendbares Pestizid gegen Ungeziefer, geliefert noch während des ersten Golfkrieges – beteiligt gewesen sein. Das Giftgas aus Deutschland, in deutschen und israelischen Medien ausgiebig erörtert, so denken hier viele, sei willentlich und wissentlich zugelassen worden, und die Bundesregierung habe eine fragwürdige Rolle bei alledem gespielt. Ausgeblendet, geringer gewichtet werden dabei die umfangreicheren Zulieferungen der irakischen Kriegsmaschinerie durch die UdSSR, Brasilien, Frankreich und andere.

Auch unsere freundlichen, taktvollen Gastgeber in Haifa äußerten sich in Tischreden und Einzelgesprächen ähnlich besorgt. In der Tat mögen noch keine Anklagen gegen vielleicht beteiligte Firmen erhoben worden sein, doch reichen die Verdachtsmomente aus, um sich deutlich negativ auf das Denken und Fühlen von Israelis und Deutschen auszuwirken. Es hätte nie geschehen dürfen, daß Israelis, daß Juden Deutsche mitverantwortlich machen können für die Angst vor dem Giftgas.

Mögliche deutsche Giftgaslieferungen wecken in vielen Israelis, die aus Deutschland oder Polen hierher geflüchtet sind, traumatische Erinnerungen an das Morden in Treblinka oder Auschwitz. Nach rund fünfzig Jahren

komme damit etwas aus Deutschland, meinte Josua Seelig beim zweiten freundschaftlich-offenen Gespräch, „von dem wir gehofft haben, daß es nie kommt, das wir aber insgeheim immer befürchtet haben. Jetzt leiden wir an einer wieder fragwürdig gewordenen Freundschaft.“ Und freundschaftlich begegnete man uns. Die Gastgeber

Appell zur Toleranz

Mannheim. Mit Appellen zur Toleranz und für das Existenzrecht Israels ist in Mannheim die „Woche der Brüderlichkeit“ (2.–9. März 1991) eröffnet worden. Die „Buber-Rosenzweig-Medaille“ der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit bekam in diesem Jahr das Leo-Baek-Erziehungszentrum in Haifa.

freuten sich wirklich über diesen kurzen gesprächsintensiven Besuch, sprachen offen über alles, auch über deutsche Probleme oder über israelische Waffenproduktion und Waffenexporte. Verbindend wie trennend blieb die Einsicht in die besonderen deutsch-israelischen Beziehungen. Nicht Anklagen hörten wir, sondern klare Fragen, behutsam geäußerte Befürchtungen.

Haifa kennt keine Intifada. Israelis und Araber, Muslims, Juden, Christen oder Baha'i-Anhänger leben hier friedlich nebeneinander. Auch jetzt

kommen in „Beit Hagefen“, dem „Arabisch-jüdischen Club“ ältere und jugendliche Menschen unterschiedlicher Herkunft und Glaubensüberzeugungen zusammen, stellen Bilder aus, feiern und musizieren zusammen. Seit 1964 wird dieser erfolgreiche Club von jeweils fünf Juden und Arabern geleitet. Dieses Modell existiert nur in Haifa.

Haifa unterscheidet sich von Tel Aviv oder Jerusalem. Hierher kommen die meisten Juden aus der Sowjetunion, weil sie in ihrer Heimat Antisemitismus, Pogrome befürchteten. Arbeitsplätze, Wohnungen oder Schulraum müssen geschaffen werden. Haifa mit seinen ca. 240 000 Einwohnern hat allein in den vergangenen drei Jahren über 4000 Schüler zusätzlich unterbringen müssen.

Demographische Veränderungen

Insgesamt rechnet man in Israel mit über einer Million Einwanderern. Die damit verbundenen demographischen Veränderungen wirken sich auf das Land und insbesondere das israelisch-palästinensische Verhältnis stark aus. Der Krieg und die harte israelische Politik in den besetzten Gebieten, der Jubel von PLO-Anhängern über irakische Raketen belasten die ohnehin kaum erträglichen Beziehungen noch mehr. Dennoch sind sich wohl alle Israelis darüber klar, daß dieser Krieg und der ihm folgende Waffenstillstand dazu führen müssen, das Zusammenleben verlässlicher und für beide Teile – Juden wie Araber – erträglicher zu regeln.

Angesprochen auf die These Professor Michael Wolffsohns, die Zukunft Israels sei in einem binationalen Staat zu sehen, antwortete Josua Seelig ausweichend.

Andererseits haben die irakischen Raketen gezeigt, wie verwundbar Israel und seine Bewohner sind und wie nötig es ist, die sicherheitspolitischen Essentials seiner Existenz neu zu bedenken, im Konsens mit den arabischen Nachbarn zu definieren und vertraglich überzeugend, akzeptabel für beide Seiten zu regeln.

Israel ist eine demokratische, rechtsstaatliche Oase in dieser Welt der umgebenden arabischen Diktaturen, Monarchien und institutionalisierter muslimischer Fundamentalisten.

Existenzrecht für Israel Hintze fordert Dialog der Weltreligionen über verbindliche Normen und Werte

Besorgt hat sich der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), **Peter Hintze**, über den Verlauf der Siebten Ökumenischen Vollversammlung in Canberra/Australien geäußert.

Hintze zeigte sich enttäuscht über die politische Haltung des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Situation am Golf. Die irakische Aggression gegen Kuwait könne nicht mit der offenen Palästinenserfrage begründet werden. Der EAK-Vorsitzende hätte sich eher ein klares Wort des Weltkirchenrates zum Existenzrecht Israels gewünscht.

Als irritierend bewertet Hintze die theologischen Interpretationen im Hauptreferat der koreanischen Theologin Chung Hyung Kyung zum Voll-

versammlungsthema: „Komm Heiliger Geist – erneuere die ganze Schöpfung“ und warnt vor den religionsvermischenden Aspekten in diesem Referat.

Er plädiert ausdrücklich für einen **Dialog der Weltreligionen**, hierbei sollten die Substanzen der Religionen jedoch nicht vermischt werden. Ziel der Weltgesellschaft könne keine Einheitsreligion sein, sondern ein Gespräch der Religionen über verbindliche Normen und Werte. Die Christen hätten hierbei besonders die Menschenrechte anzusprechen. Der Mensch als Gottes wunderbares Geschöpf müsse in seinen Lebens- und Freiheitsrechten im Mittelpunkt jeglicher ethischer Diskussion stehen. Hierbei sei auch die Nächstenliebe als Solidarität mit den Schwachen zur Sprache zu bringen.

Aussöhnung mit den Palästinensern?

Es wird viel und kontrovers diskutiert in Israel wie immer, aber der Krieg, die existentielle Bedrohung Israels, die akute Gefahr eines möglichen zweiten Holocausts, den man unter keinen Umständen widerstandslos hinnehmen wird, bestimmen den Ton, lassen die Menschen enger zusammenrücken. In seinem eindrucksvollen FAZ-Gespräch vom 14. 2. 1991 drückte dies der israelische Schriftsteller Amos Oz so aus: „Aussöhnung mit den Palästinensern ist noch immer die einzige Antwort, und sobald der Krieg vorbei ist, werde ich wieder dafür kämpfen. Aber im Augenblick sind wir im Krieg. Und er erinnert uns an die Vergangenheit, die uns mit Deutschland verknüpft hat. Radio Bagdad hat

gestern folgende Botschaft ausgestrahlt: Irak werde Israel in ein riesiges Krematorium für alle Juden verwandeln. Solch ein Satz, Sie werden es verstehen, beschäftigt die Seele der Juden.“

Unsere Gesprächspartner sprachen mit uns überwiegend deutsch, und dies tat gut, ist aber nicht selbstverständlich – finde ich. Auch Nathan, der sich vor Jahrzehnten aus Regensburg nach Haifa geflüchtet hatte und uns in diesen Tagen als Busfahrer begleitete, sprach gut deutsch und freute sich, als ich ihm einen Band Gedichte von Heinrich Heine schenkte. Deutsche und Juden verbindet vieles: Licht und Schatten, gemeinsame kulturelle Wurzeln, aber auch die böartige und schamlose Negierung dieser Gemeinsamkeit. Dies ist zu wissen; dieses

Wissen verpflichtet, offen und freundschaftlich miteinander umzugehen.

Man darf und muß auch in Israel kritische Fragen stellen, auch und gerade, was die Palästinenserfrage betrifft, doch sollte dies nicht besserwieserisch, sondern im Geiste streitbarer Freundschaft geschehen. „Aber wenn“, meint Amos Oz, „der Versuch unternommen wird, Israel durch einen unprovokierten Angriff zu vernichten, auszulöschen, dann sollte ein Deutscher dies als einen Angriff auf sich selber empfinden.“ Dies sollte uns allen klar sein. Dies wurde mir in diesen Haifatagen klar. Auch deshalb war die Reise zu den Freunden in Haifa gut und notwendig.

Ann: Dr. Friedrich Menke ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes und leitet den EAK in Bremen.

Kurz notiert

„Schuld liegt selten allein beim Gegner“

Dresden. An der Gedenkfeier aus Anlaß der Zerstörung Dresdens vor 46 Jahren am Mittwoch, hat auch **Bundespräsident Richard von Weizsäcker** teilgenommen. In seiner Ansprache ging er unter anderem auf den Krieg am Golf und das Verhältnis der drei Weltreligionen zueinander ein.

... Hitler und Saddam als Feinde der Menschheit zu erkennen und ihnen Widerstand entgegenzusetzen, ist eine harte, aber unentrinnbare und notwendige Konsequenz. Und doch verstummt jedes laute und allzu selbstsichere Wort über die Gerechtigkeit der eigenen Sache im Angesicht der Folgen, die der kämpferische Widerstand für so viele unschuldige Menschen mit sich bringt. Es ist nicht gut, so zu tun, als wäre alles ganz einfach, wenn man einem bösen Menschenfeind gegenübersteht. Warum die schweren Konflikte im eigenen Verstand und Herzen, im eigenen Gewissen verschweigen, die sich bei der verantwortlichen Wahl der angemessenen Mittel des Kampfes ergeben? ...

Die Vereinten Nationen sind geschaffen worden, um „künftige Geschlechter vor der Geißel

des Krieges zu bewahren“. Es gibt keinen Frieden ohne Achtung vor dem Recht. Aber Recht kann nur in Frieden gedeihen, und wo er gebrochen wurde, muß es das Ziel jedes gewaltsamen Widerstandes sein, alsbald durch Frieden dem Recht wieder Raum zu verschaffen.

Am Golf hat das Gebot des Friedens gegenüber dem Aggressor versagt. Das Gespräch hat sich als machtlos erwiesen. Nun bleibt die Pflicht unablässiger Suche nach Möglichkeiten, den Krieg zu begrenzen und abzukürzen. Die Lehre des Infernos von Dresden ist es, täglich an das schreckliche Opfer unschuldiger Menschen zu denken ...

Die drei großen Religionen aus dem Morgenland, Judentum, Christentum und Islam, berufen sich gemeinsam auf den Stammvater Abraham. Sie glauben an den einen Gott. Sie stützen sich auf ein prophetisches Grundethos der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens. Das Friedensgebot, das Völkerrecht und die Prinzipien der Vereinten Nationen sind universal. Es wäre eine sträfliche Vereinfachung und Überheblichkeit zu behaupten, sie wären dem Islam fremd und der Krieg rechtfertigt sich bei Mohammedanern grundsätzlich anders als im We-

sten. Auch die islamische Welt weiß, daß Saddam Hussein der Aggressor ist ...

Wir Christen müssen den anmaßenden Irrtum ablegen, wir seien der alleinige Hort der Vernunft, der Aufklärung und des Rechts. Schuld liegt selten allein beim Gegner. Nächstenliebe ist nicht unerfüllbar. Sie selbst ist ein Gebot der Vernunft.

Den Trägern der moslemischen Zivilisation ist diese Einsicht nicht verschlossen. So bitter ihre Erfahrungen mit westlichem Verhalten oft waren und sind und so verständlich die Erregung der Massen dagegen ist, so spricht doch das eigene religiöse Erbe und Gebot des Islams für die Verständigung.

Das Judentum unserer Zeit ist vom unauslöschlichen Grauen des Holocaust geprägt. Für das neue Israel hat es zum Überlebenskampf geführt, und wir stehen an seiner Seite. Dabei wird aber die aktive Suche nach Wegen harmonischen Zusammenlebens mit der islamischen Umgebung notwendig. Sie wird zur ethischen und politischen Stärkung für das Überleben führen.

Unrecht und Leid ist im Namen der drei Religionen geschehen. Keine kann aus der Geschichte der beiden anderen Gründe für vermeintlich gerechte Kriege herleiten. Es gibt nur noch eine allen gemeinsame ethische Pflicht: Aus der Geschichte der Gewalt auszutreten und zusammen den gerechten Frieden suchen ... **(aus: epd)**

Neue Anstrengungen für interreligiösen Dialog gefordert

Bonn. Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** (CDU) hat sich für ein großes Friedenskonkordium der Weltreligionen ausgesprochen. Im „Deutschland Union Dienst“ forderte der Politiker vor dem Hintergrund des Golfkrieges neue Anstrengungen für einen jüdisch-islamisch-christlichen Dialog.

Die drei Weltreligionen seien durch den Glauben an den einen Gott geeint, der alle Menschen zu Kindern Gottes mache und das Fundament der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen sei, erklärte Blüm. Er fügte hinzu: „Haß und Intoleranz widersprechen der großen humanistischen Tradition von Judentum, Islam und Christentum.“

Nach Darstellung des Unionspolitikern kann dauerhafter Frieden auf der arabischen Halbinsel nicht nur auf Waffen gründen. Notwendig seien soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, wobei das Lebensrecht Israels und der Palästinenser gewahrt werden müsse.

Nach den Worten Blüms handelt es sich bei dem Krieg am Golf um Widerstand gegen Erpressung und Besetzung. Wer die irakische Besetzung Kuwaits nicht stoppe, riskiere in einigen Jahren eine globale Bedrohung durch irakische Atombomben.

Leserbriefe

Betr.: H.-H. Jenssen:
Warum Religionsunterricht?

Bez.: EV 12/1990—1/1991

In den neuen Bundesländern scheint nun in der dortigen Pfarerschaft und bei den Katecheten, was Erteilung des RU in den staatlichen Schulen anbetrifft, eine gewisse Resignation zu bestehen. Bei allem Verständnis für diese Haltung scheint mir diese Einstellung doch unangebracht. Schließlich haben wir Älteren in der schweren Zeit des Kirchenkampfes diesen Unterricht erteilt und dies war, wie alle wissen, damals kein Honiglecken! Als wir danach die Chance im westlichen Teil unseres Vaterlandes erhielten, nun in voller Freiheit den RU an allen staatlichen Schulen weiter zu führen, haben wir ohne Zaudern diese Gelegenheit ergriffen, und wie wir glauben, nicht zum Schaden unserer Kinder und Jugendlichen. Grund zur Resignation hätten auch wir genug gehabt! Nach den Erfahrungen mit dem heidnischen NS!

... Die Einordnung in die Ordnung einer staatlichen Schule mag manchen nicht leicht fallen. Das haben auch wir erlebt! Da herrscht oft eine rauhere Luft als in der abgeschirmten Ecke einer religiösen Nische einer rein kirchlichen Christenlehre! Aber ist Sakristeichristentum unser Ideal? Und der Umgang mit Kolleginnen und Kollegen der anderen Fächer kann nur fruchtbar werden!

Das alles sollte man bedenken, bevor man sich von allem zurückzieht in einer „vornehmen“ Distanz von der etwas rauheren Luft staatlicher „Umgebung“. Etwas mehr missionarischer Schwung sollte an die Stelle einer völlig unangebrachten Haltung treten. Sollte die um vieles kleinere kath. Kirche uns darin übertreffen? In den Stammländern der Reformation! Das kann ich nicht annehmen!

Otmar Strohm,
Obstr. u. ev. Pfr. i. R.
8939 Bad Wörishofen

Dies kann in dem Artikel nicht unwidersprochen bleiben, „daß der RU in den Schulen die bei weitem missionarischste Einrichtung der Kirche sei.“

Und das sogar noch im Superlativ!

Der RU ist in den öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der bekenntnisfreien, ein ordentliches Lehrfach und wird, unabhängig vom staatlichen Aufsichtsrecht, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Vom RU kann zwar der Schüler abgemeldet werden, beziehungsweise sich abmelden, was aber die Verbindlichkeit des Lehrfaches nicht aufhebt. Seine interessante Besonderheit liegt allerdings darin, daß dieses Fach durch die Kooperation von Schule und Kirche über den üblichen Schulbetrieb hinausgeht. Rechtlich ist die Stellung des RU durch den Artikel 7, Absatz 3, Satz 2 des GG geregelt.

So ist festzuhalten:

Der RU in der öffentlichen Schule ist nicht durch kirchliche Ansprüche, sondern durch die geistesgeschichtliche Situation Europas bedingt, eines Kontinents, der einmal christliches Abendland genannt wurde, überall noch heute sichtbar, dessen Wesen vom Christentum entscheidend geprägt wurde. So ist der RU grundsätzlich mehr vom Christentum in seinen Lehrinhalten bestimmt und nur bedingt von der Konfessionalität der Kirchen.

Dieses Schulfach geht also aus dem Bildungsauftrag der Schule hervor, die auf der einen Seite der Tradition als Bildungsgut, auf der anderen dem Leben zugewandt ist.

Die geschichtliche Wirkung des Christlichen als Bildungsmacht besteht für alle, unabhängig von der persönlichen, religiösen Stellungnahme.

Der RU ist also ein notwendiges Fach, wenn die Schule ihrem Bildungsauftrag gerecht werden will, in der Intention gänzlich anders als die system- und geschichtsbedingte Christenlehre.

Pastor Ulrich Böhme-Iselin
Bachtelenweg 9
CH-4125 Riehen

Die Kirche braucht gute Freunde

Burkhard Budde

Wohin man auch blickt, es „menschelt“ überall. Der eine ärgert sich über die Kirchensteuer. Der andere schimpft auf den Pastor. Nicht wenige meinen, auch ohne die Kirche gute Christen sein zu können. Und dennoch fühlen sich die meisten ihrer Kirche verbunden und bleiben ihr treu. Das liegt nicht nur an der Macht der Gewohnheit. Da spielen noch andere Gründe eine Rolle.

Auch eine echte Freundschaft wird ja nicht sofort gekündigt, wenn man mit dem nicht einverstanden ist, was der Freund tut. Man versucht vielmehr, seinen Freund davon zu überzeugen, sein Verhalten zu ändern. Freundschaftliche Kritik wird eher angenommen als die Kritik eines Außenstehenden, weil da mehr Verständnis und Wohlwollen vorhanden sind.

Nicht nur Menschen, sondern auch die Kirche braucht gute Freunde. Es gibt keine Kirche ohne die Freunde Jesu. Sie sind es, die den kirchlichen Weg mitbestimmen und sich für Erneuerung einsetzen können. Sie geben nicht einfach auf, was die Vorfahren durch die Jahrhunderte hindurch erkämpft, erlitten und aufgebaut haben. Jeder trägt mit seinen Gaben an den verschiedensten Stellen Verantwortung für das Ganze. Aber auch die Freunde Jesu brauchen die Kirche. Wer allein unterwegs ist, kann vereinsamen. Im Gottesdienst dagegen kann der einzelne Gemeinschaft, Stärkung und Gewißheit erfahren: Andere sitzen mit mir im Schiff, das sich Gemeinde des Freundeskreises Jesu nennt. Bei Taufen, Trauungen, Beerdigungen und der Konfirmation sind Wegbegleiter da, die bei der Suche nach Sinn und Orientierung helfen.

Vor allem ist die Kirche für andere Menschen da. Wer als Freund der Kirche nicht selbst aktiv in ihr sein kann oder will,

weiß ihren stellvertretenden Dienst zu schätzen. Mit Hilfe der Kirchensteuer – sozusagen einer besondere Sozialsteuer – kann das diakonische Netz, zum Beispiel Kindergärten, Diakoniestationen, Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Beratungsstellen, abgesichert und enger geknüpft werden.

Sicher: Auch im „Dienstleistungsbetrieb“ Kirche menschelt es an allen Ecken und Kanten. Aber es ist besser, Lichter anzuzünden als den Polizisten Gottes im Blick auf die Finsternis zu spielen. Freunde der Kirche erhellen ihre Umgebung, wenn sie zum Beispiel Mitmenschen in Not ohne Bedingungen, Vorurteile und Verurteilungen annehmen und ihnen zu helfen versuchen. Es wird heller, wenn keine Gräben vertieft, sondern Brücken der Verständigung geschlagen werden. Wer Brücken schlägt, gerät nicht ins Schwimmen, wenn er selbst Versöhnung und Nächstenliebe lebt. Er ist dann Licht der Welt und für die Welt ein Beispiel neuen Lebens, das nicht übersehen werden kann.

Freunde der Kirche sind die Kirche in der Welt und leben immer wie diese von der Gnade des Herrn der Kirche und der Welt.
Burkhard Budde

Ann.: Burkhard Budde ist Gemeindepfarrer in Spenge und gehört dem Landesvorstand des EAK-Landesverbandes NRW an.

Professor Dr. Hans-Martin Pawlowski, Heidelberg
Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Baden
referiert am

Montag, 15. 4. 1991 um 20.00 Uhr
im Hotel Ochsen, Überlingen zum Thema

**„Schutz des Lebens –
zum Verhältnis von Recht und Moral“**

Informationen:

EAK der CDU-Bodenseekreis, Frau Gerhilde Fleischer,
Tel. 0 75 42/2 21 55 (p) oder 0 75 42/13 34 (d)

Bücher

Gerhard Kittel (Begründer), Gerhard Friedrich (Herausgeber): Theologisches Wörterbuch zum Neuen Testament Studienausgabe Band 1–10, 1/2 (11 Einzelbände) 9816 Seiten. Fadengeheftete Broschur. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1990.

Aus Anlaß des 125jährigen Bestehens 1991 hat der Verlag W. Kohlhammer vorab schon Ende des vergangenen Jahres eine Studienausgabe zu Kittels Theologischem Wörterbuch zum Neuen Testament herausgegeben. Ohne Frage ist der unveränderte Nachdruck der 50-jährigen Leinwandausgabe eine würdige Jubiläumspublikation, und Studenten und Professoren, Lehrer und Pfarrer werden die Veröffentlichung dieses nun auch finanziell erschwinglichen, für die eigenen Studien, die Vorbereitung von Unterricht und Predigt unverzichtbaren Hilfsmittels dankbar begrüßen. Ein Verweis auf einige nüchterne Zahlen läßt die herausragende Bedeutung dieses Werkes für die Theologie deutlich werden.

Die Herausgabe des von Gerhard Kittel begründeten und von Gerhard Friedrich fortgeführten Theologischen Wörterbuches hat von 1933–1979 mehr als 45 Jahre in Anspruch genommen, nimmt man die Vorarbeiten vor Erscheinen des ersten Bandes seit 1928 hinzu, so sind es mehr als 50 Jahre. An den Artikeln haben mehr als 160 Autoren aus dem Bereich des Alten und Neuen Testaments, der Rabbinistik und der klassischen Philologie, aber auch der vergleichenden Sprachwissenschaft, der Religionsgeschichte und der Orientalistik mitgearbeitet, darunter so namhafte Wissenschaftler wie Günther Bornkamm, Rudolf Bultmann, Joachim Jeremias und Gerhard von Rad, um nur einige zu nennen.

Die Bände umfassen insgesamt 9816 Seiten und allein die Literaturnachträge in Band X/2 umfassen etwa 15 000 Titel. Durch die Herausgabe etwa einer englischen, italienischen und neuhebräischen Ausgabe – einige Artikel wurden sogar ins Japanische übersetzt – wurden die Forschungsergebnisse auch in anderen Ländern publik.

Bei den Vorarbeiten zum Theologischen Wörterbuch konnte Kittel auf die Arbeiten von Hermann Cremer und Julius Kögel aus dem 19. Jahrhundert zurückgreifen. 1867 erschien in erster Auflage das „Biblich-Theologische Wörterbuch der neutestamentlichen Gräzität“. Sie verstanden ihre Arbeit als Beitrag zur sprachlichen und begriffsgeschichtlichen Forschung und nicht als Versuch, eine biblische Theologie in lexikographischer Form zu präsentieren. Die erste Auflage umfaßte nur etwa 600 Seiten, und auch Kittel glaubte, sein Werk, das ursprünglich in drei Jahren zu Ende gebracht werden sollte, in zwei Bänden herausgeben zu können. In einer Rezension der Theologischen Literaturzeitung von 1933 heißt es im Hinblick auf den geplanten Umfang von 1920 Seiten und den Subskriptionspreis von 87 Mark, damit sei hoffentlich „der Gipfel an Akribie, Umfang und an Preis erklimmen“, Vorstellungen, die für den Bezieher heutiger Fachbücher traumhaft klingen. Die Grundkonzeption Cremers und Kögels wurde weitgehend beibehalten. Im Theologischen Wörterbuch geht es um die Behandlung aller theologisch und religionswissenschaftlich bedeutsamen Vokabeln und Begriffe des Neuen Testaments.

Das zentrale Anliegen des Werkes ist die Herausbildung der theologischen Bedeutung der einzelnen Begriffe, die Sichtbarmachung ihres inneren Gehalts. Das Theologische Wörterbuch bietet, so der Verlag, philologisch genaue Erläuterungen zu den einzelnen Wörtern und verfolgt ihren Sinnwandel im Sprachgebrauch der Antike, der Septuaginta und des Spätjudentums. Natürlich hat es auch immer wieder Kritik an der Arbeit der Herausgeber gegeben. Durch die Vielzahl der Mitarbeiter aus verschiedenen wissenschaftlichen Fachbereichen, so befürchtete man, ginge die einheitliche Sicht der Bibel verloren, durch Verweise etwa auf rabbinische Quellen und auf Josephus werde das eigentliche Anliegen des Wörterbuches, von dem Eigentlichen des neutestamentlichen Wortes zu reden, aus dem Blick verloren.

Auch wenn die Kritik an der besonderen Wertschätzung der etymologischen Erörterung der neutestamentlichen Begrifflichkeit vor allem in den ersten Bänden des Werks sicher nicht unberechtigt ist, so gilt doch, was der ehemalige Landesbischof und Ratsvorsitzende der EKD, Eduard Lohse, in einer Besprechung formuliert hat: „Dies einzigartige Wörterbuch bedeutet ein Vermächtnis an Theologie und Kirche, aus dessen Schatz auch in Zukunft immer neue Einsichten für die Aussagen der Heiligen Schrift zu gewinnen sind.“

Johannes Heide

Dr. Gerhard Voss: Die veröffentlichte Umweltpolitik: ein sozio-ökologisches Lehrstück. Kölner Universitäts-Verlag, Köln 1990

Diese Studie fragt nach den Ursachen dieser Widersprüchlichkeiten der veröffentlichten Umweltdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland.

In drei Schritten wird versucht, den Widersprüchen zwischen der objektiven umweltpolitischen Lage und der öffentlichen Diskussion über den Umweltschutz auf die Spur zu kommen. Im ersten Kapitel wird das Profil der Umweltpolitik ausführlich geschildert, das von einer positiven Erfolgsbilanz gekennzeichnet ist. Bei der Darstellung dieser Erfolgsbilanz wird auf die einschlägigen veröffentlichten amtlichen Dokumente und Gutachten zum Umweltschutz seit 1970 sowie auf Presseverlautbarungen der Regierung, insbesondere auf die Stellungnahmen des seit 1986 bestehenden Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zurückgegriffen.

Im zweiten Kapitel wird nach den Einflußfaktoren der schnellen Karriere des Umweltschutzes und der Umweltpolitik gefragt. Es wird das wirtschafts- und gesellschaftspolitische sowie das sozial-psychologische Umfeld der Umweltpolitik etappenweise untersucht.

Im dritten Teil wird untersucht, welchen Einfluß die Medien auf Richtung und Struktur der Umweltdiskussion ausgeübt haben.

Johannes Weberling: Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 1945–1986. 289 Seiten. Walter Rau Verlag, Düsseldorf 1990.

Der Verfasser, selbst RCDS-Bundesvorsitzender 1981–83, legt mit seiner Dissertation ein Werk vor, das pünktlich zur wiedergewonnenen Einheit Deutschlands einen Überblick über 45 Jahre Hochschulpolitik zu geben vermag. An den Universitäten war diese Zeit durch die ideologische Auseinandersetzung mit dem Marxismus unter dem Vorzeichen des Ost-West-Konflikts geprägt. Die Selbstauflösung des Marxistischen Studentenbundes Spartakus am 23. 6. 1990 – immerhin der wichtigste Gegenspieler des RCDS unter den Studenten – markiert unübersehbar das Ende einer Ära an den Hochschulen.

In dieser Zeit hat der RCDS eine bedeutsame Rolle gespielt, nämlich als größte Organisation demokratisch gesonnener Studenten. Eine Darstellung der Geschichte des RCDS fehlte jedoch bislang. Weberling schließt also mit seinem Buch eine Lücke. Es besticht durch Informationsfülle über das „Innenleben“ des RCDS, die allesamt durch Quellenangaben belegt werden. Dabei tauchen zahlreiche bekannte Namen von Personen auf, die ihre Laufbahn beim RCDS begannen: Ernst Benda, Fritz Flick, Manfred Hättich, Wolfgang Brüggemann, Wolfgang Vogt, Konrad Kraske, Horst Teltschik, Wulf Schönbohm, Gerd Langguth, Peter Hintze, Friedbert Pflüger u. v. a.

Weberling geht es jedoch auch darum, Selbstverständnis und Ziele des RCDS herauszuarbeiten.

„Für Freiheit und Menschenrechte“, so faßt Weberling das gesellschaftliche Engagement zusammen. Er erinnert an den unermüdlichen Einsatz zur Überwindung der deutschen Teilung. Zu den politischen Impulsen zählt auch das „Plädoyer für eine offene und solidarische Gesellschaft“ (RCDS-Grundsatzprogramm von 1976) und die Strategie des „demokratischen Dialogs“ als Alternative zum Klassenkampfprogramm der studentischen Linken.

Thomas Berke

Für Kinder zu Ostern

Norbert Landa, Leselöwen-Osterhasengeschichten. 60 Seiten mit 26 Zeichnungen, Loewes Verlag, Bindlach 1991

An den Osterhasen mag wohl so recht niemand glauben. Norbert Landa läßt den kleinen Kerl jedoch lebendig werden:

Da kriegt Puschel mächtig Herzklopfen, wenn er beim Eierverteilen plötzlich einem klei-

nen Mädchen gegenübersteht; da läßt sich Tom etwas einfallen, um seine Eier nicht allein bepinseln zu müssen; da rächen sich zwei Häschen fürchterlich, als sie hören, daß es den Osterhasen gar nicht gibt; und dann steht auf einer Lichtung im Wald plötzlich ein Häschen, das so ganz anders ist als alle anderen.

Osterhasengeschichten erzählen von der aufregenden Welt der Osterhasen, die der unseren gar nicht so fremd ist, wie man annehmen möchte.



Kein anderes christliches Symbol ist so bekannt und verbreitet wie das Kreuz: Auf Kirchtürmen und Altären, in Gottesdienst und christlicher Kunst, als Wand- und Halsschmuck begegnet es uns in vielen Variationen. Wir Christen heute verbinden es vor allem und zunächst mit dem Kreuz Jesu auf Golgatha, dem alten römischen Galgen.

Als die ersten Christen das Kreuzeszeichen in die Wände der Katakomben zu ritzen begannen, dachten sie dabei allerdings nicht an den am Galgen leidenden, sondern an den sieghaft wiederkommenden Christus. Das Kreuz war für sie das Zeichen seines umfassenden Sieges über die ganze Welt mit ihren vier Himmelsrichtungen, Zeichen seiner Macht „oben und unten, rechts und links“.

Das Kreuz selbst ist allerdings noch älter als die Katakomben. Es ist ein uraltes Zeichen, allen Menschheitskulturen bekannt. In ihm durchdringen jeweils zwei entgegengesetzte Bereiche – Himmel und Erde, Raum und Zeit, Gut und Böse, Leben und Tod. Mit einem Kreis verbunden, dem alten Zeichen der Sonne und des Lebens, ergibt sich so ein Abbild großer Ganzheit mit einem starken Mittelpunkt.

Wenn wir heute das alte Zeichen mit den Augen der ersten Christen und zugleich mit unserem Lebensgefühl anschauen und meditieren, können wir neue Erfahrungen damit machen: Wo das Kreuz den Herrschaftsbereich Christi anzeigt, gibt es keine Stagnation, sondern Entwicklung, nicht nur in eine bestimmte Richtung, sondern nach oben und unten, nach rechts und nach links – wobei diese Richtungsangaben auch sehr konkret, etwa innerseelisch oder geographisch, verstanden werden können. Am Schnittpunkt der Bewegungen entsteht eine Mitte, die ordnet und zusammenfaßt, auch Gegensätzliches. Dort ist Ganzheit angesagt, zusammenhaltende Kraft im Fragmentarischen unseres Lebens. Wo also ein Kind getauft und mit dem Kreuzeszeichen gesegnet wird, wo ein Kranker oder Sterbender ein Kreuz auf die Stirn bekommt, wo ein Mensch sich bekreuzigt, um sich diesem Herrschaftsbereich zu unterstellen, da wird große Geborgenheit und Freiheit angesagt.

So zeigt das Kreuz einen Weg – zur Weite, zur Mitte, zur Ganzheit: „damit ihr begreifen möget die Breite und die Länge und die Tiefe und die Höhe“ der Welt, des Lebens, der Seele, Christus zugegedacht und zugleich zusammengefaßt in ihm (nach Epheser 3,18).

Hans-Peter Held

(aus: Gemeindebrief, Ev.-Luth. Kirchengemeinde, Spenge)

Aus unserer Arbeit

Neuer Vorstand gewählt

Bonn. Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Rhein-Sieg-Kreis wurde erneut Dr. Gerhard Voss zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreterin bleibt Birgit Heide.

Die neuen Beisitzer sind Dr. Albrecht von dem Borne, Anneliese Donner, Joachim Gerhardt, Dr. Roland Kirstein, Ulrich Laute, Arnulf Linden, Dr.

Manfred Rabeneick und Friedemann Schwarzmeier.

Anschließend referierte Militärdekan Lothar Matz über Aufgaben der Evangelischen Militärseelsorge, die er als effektivste kirchliche Männerarbeit bezeichnete. Dekan Matz betonte, daß der Staat im Staatskirchenvertrag der Kirche jeden Freiraum gewähre, damit Kirche total Kirche bleiben könne. Er hoffe, daß auch mit den östlichen Landeskirchen eine Regelung getroffen werden kann, die diese positiven Erfahrungen berücksichtigt.

16. Bonner Theologisches Gespräch des EAK der CDU/CSU

„Fördern die Religionen den Weltfrieden?“

Dr. Pinchas Lapide, Frankfurt
Jüdischer Religionsphilosoph

am Montag, 15. April 1990, 20.00 Uhr
Kleiner Saal, Konrad-Adenauer-Haus

Weitere Informationen:
EAK der CDU/CSU, Tel.: 02 28/544-302

Gegen „totalen Schulter-schluß“ zwischen Kirche und Staat

Karlsruhe. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, hat sich gegen einen „totalen Schulter-schluß“ zwischen Kirche und Staat in der Bundesrepublik ausgesprochen. Die Kirchen übten oft „vornehme Zurückhaltung“ bei der Identifikation mit dem Staat, sagte Prof. Herzog bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Karlsruhe. Statt dessen werde häufig zuerst die Reformbedürftigkeit der staatlichen Ordnung hervorgehoben.

Herzog unterstrich zugleich die weltanschauliche Neutralität der bundesdeutschen Verfassung, auch wenn in der Präambel des Grundgesetzes von der „Verantwortung vor Gott“ gesprochen werde. Er glaube nicht, daß eine von Menschen gemachte Verfassung „darüber entscheiden kann, ob es Gott gibt oder nicht“.

EAK-Seminar zum Lebensschutz in Hermannsburg

Hermannsburg. Von Freitag bis Sonntag unterzogen sich Teilnehmer bei einem EAK-Seminar in der Heimvolkshochschule Hermannsburg der Mühe, nach besseren Möglichkeiten für den Schutz des ungeborenen Lebens zu suchen.

Als Ergebnis der Tagung zog Gustav Isernhagen das Resümee, es habe eine Fülle kompetenter Informationen und verantwortlicher Beiträge gegeben, die den Teilnehmern Hilfestellung zu eigenem Urteil vermittelt hätten. Wie es bei diesem schwierigen Komplex aber nicht anders zu erwarten gewesen sei, habe am Ende der zwei Tage nicht etwa ein fertiger Gesetzesentwurf zum § 218 des StGB gestanden.

Der Hermannsburger Dozent Dr. Albrecht Schack hatte am ersten Abend die Einführung in das Tagungsthema „Dem Leben dienen – was dient dem Leben?“

übernommen. Er wies darauf hin, daß in der früheren DDR die ‚Fristenregelung‘ als verspätete Empfängnisverhütung bagatellisiert worden sei. Heute hätten alle Seiten die Hoffnung auf eine Besserung der Situation, wobei sich aber die politischen Ziele diametral gegenüberstünden. Während eine Seite die Losung ausbebe ‚mein Bauch gehört mir‘, rufe die andere ‚jede Abtreibung ist Mord‘.

Gesa Conring aus Hannover ließ die Zuhörer in beeindruckender und überzeugender Weise an ihren Erfahrungen aus der Mitarbeit in einem Mütter- und Säuglingsheim und einer ‚PRO VITA‘-Beratungsstelle in Hannover teilnehmen. Ihr Fazit: Der Staat hat menschliches Leben zu schützen, aber dazu müssen alle gesellschaftlichen Gruppen (die Kirchen besonders!) den Frauen und Männern Wertevorstellungen vermitteln. Politik dagegen müsse pragmatische und praktikable Gesetze machen, die von der Gesellschaft auch mehrheitlich getragen würden.

Nachdrücklich wandte sich der ehemalige niedersächsische Umweltminister **Dr. Hermann Remmers** (CDU) gegen ein „freies Verfügungsrecht“ über heranwachsendes Leben. Nach seiner Auffassung könnte es zwar sinnvoll sein, die Bestimmungen des in der bisherigen Bundesrepublik gültigen Paragraphen 218 auf ganz Deutschland auszudehnen. Niemand wisse jedoch, ob diese Absicht mehrheitsfähig sein werde, sagte der CDU-Politiker.

Oberkirchenrat **Dr. Hermann Barth** vom Kirchenamt der evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover setzte sich in seinem Referat dafür ein, „daß mehr Frauen und Männer dafür gewonnen werden, das ungeborene Leben zu achten“.

Mit den Referenten und den Fachärzten **Dr. Kuhlmann** und **Dr. Lehmann** entwickelte sich eine überaus lebhaft Diskusion, die deutlich machte, wie weit einerseits die Ausgangspositionen voneinander entfernt sind, aber letztlich auch zum Ergebnis hatte, daß das Strafgesetz – wenn überhaupt – nur das allerletzte Mittel zum Schutz des Lebens sein kann.

Christliche Wertvorstellung zum Maßstab der Politik machen

Gladbeck. Die innerkirchliche Diskussion über die „humanen Werte des Sozialismus“ muß vorbehaltlos und ohne Scheu geführt werden. Diese Auffassung vertrat der Landesvorsitzende des EAK der CDU Nordrhein-Westfalen, Landtagsvizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose**, auf der Landestagung seines Verbandes in Gladbeck. Er sprach sich ferner dafür aus, im vereinten Deutschland christliche Wertvorstellungen zum Maßstab der Politik zu machen. Dies müsse auch den Schutz des ungeborenen Lebens beinhalten. Klose: „Die CDU stellt ihre Identität in Frage, wenn sie dem Zug zu einer allumfassenden Säkularisierung der Gesellschaft nicht dort entgegentritt, wo es um das Lebensrecht ungeborener Menschen geht.“

In seinem Vortrag vor der Landesversammlung sagte der Bundesvorsitzende des EAK, **Peter Hintze**:

»Als Christen wissen wir um das ethische Dilemma, das im Einsatz von Waffen liegt. Uns bewegen die Bilder der vom Krieg verletzten und getöteten Menschen. Um der todbringenden Aggression, deren erstes Opfer Kuwait war, Einhalt zu gebieten, um einen möglicherweise schlimmeren Vernichtungskrieg zu verhindern, müssen Waffen eingesetzt werden, die nicht nur militärisches Gerät sondern unvermeidlich auch unschuldige Menschen treffen und töten. In einer solchen Situation gibt es kein schuldfreies Handeln.

Aber gegen Unrecht und Gewalt ist es in manchen Situationen die größere Schuld, auf Gegengewalt zu verzichten und dem Unrecht seinen freien Lauf zu lassen. Hier muß jeder Christ seine persönliche Gewissensentscheidung treffen. Unsere Bundeswehrsoldaten dürfen dabei wissen, daß sie ihren Dienst für eine der freiheitlichsten Ordnungen auf der Welt leisten. Dabei schützen sie gerade auch das Recht, aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe zu verweigern.

In diesen Tagen werden wir nach unserer Weltverantwortung gefragt. Freiheit, Menschenrechte und Frieden sollen einmal für alle gelten. Dies ist unser Ziel. Denn der Frieden hat nur dort eine dauerhafte Chance, wo die Freiheit und Würde des Menschen geachtet wird.«

Tüchtigkeit oder Selbstverwirklichung?

Bodenseekreis. Unter dem Thema „Tüchtigkeit oder Selbstverwirklichung“ referierte **Prof. W. Brezinka** von der Universität Konstanz vor einer gut besuchten Veranstaltung, zu welcher der EAK in Verbindung mit der CDU-Frauenunion und dem Bildungspolitischen Ausschuß der CDU eingeladen hatte. Hinsichtlich der Tüchtigkeit löste der kulturevolutionäre Umbruch vor zwei Jahrzehnten einen tiefgreifenden Wertwandel aus: das Streben nach höchstmöglicher Ungebundenheit ließ Prinzipien wie Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung mehr und mehr an Stellenwert gewinnen. Demgegenüber wird aber in der Arbeits- und Berufswelt gerade das Gegenteil erwartet: Tüchtigkeit als Befähigung, den Erfordernissen der Neuzeit voll und ganz gerecht zu werden. Somit wird Tüchtigkeit zum „konkurrierenden Erziehungsziel in einer wertunsicheren Gesellschaft“, wie der Untertitel des Referates formulierte.

Gefahren oder Chancen des Sozialismus

Heidelberg. Mit den Chancen des Sozialismus für eine zukünftige Gesellschaft beschäftigte sich eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem EAK Heidelberg **Dr. E. Lorenz**, Heidelberg, fragte nach den Hintergründen der Wende, **Prof. Dr. W. Hahn**, Heidelberg, bezeichnete das Ende des Sozialismus als eine Herausforderung für die Evangelische Kirche.

Er rief zur Rückkehr zur biblischen Theologie auf und warnte vor diesseitigen, marxistisch beeinflussten Heilslehren und vor jeder Verbindung von Theologie und Ideologie. Stattdessen forderte er eine intensive Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und den Ursachen seines Scheiterns.

Dr. K.-H. Freitag stellte die ethischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft dar, während Frau **Dr. W. von Baeyer-Katte** auf die Gefahr hinwies, daß der Begriff des Sozialismus durch andere Begriffe wie Antifaschismus oder Antimilitarismus ersetzt werde.

„Machtausübung des Staates im Spannungsfeld zwischen Bergpredigt und Gewaltmonopol“

Bad Marienberg. Zu diesem Thema traf sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU Westerwald. Als Referent konnte der Leitende Regiergungsdirektor **Küneth** aus Mainz-Kleinwinterheim gewonnen werden.

Der Referent beeindruckte durch ein fundiertes Wissen auf theologischem, staatsrechtlichem und allgemeinpolitischem Gebiet. Er beleuchtete das Thema zunächst von der Breite biblischer Aussagen her, wobei die Luther'sche Zwei-Regimentenlehre ihm als geistiger Leitfaden diente.

Hat die Kirche einen politischen Auftrag?

Dinslaken. „Kirche und Politik sind nicht voneinander zu trennen“. Diese Auffassung vertrat **Peter Hohl** aus Kevelaer, Bezirksvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, in seinem Referat beim Dinslakener Evangelischen Arbeitskreis zum Thema: „Hat die Kirche einen politischen Auftrag?“

Es entspreche „ur-protestantischer Tradition“ bei der Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens mitzuwirken.

Hohl betonte, daß die evangelische Kirche im Vergleich zur katholischen Kirche keine „Lehrmeinung und auch kein Lehramt habe. Die Stellungnahme der evangelischen Kirche zu den grundlegenden Fragen in Gesellschaft und Politik bestünden in „Denkschriften“ und dieser Begriff sei wörtlich zu nehmen. Daraus werde deutlich, daß die Kirche „Mitverantwortung“ trage.

Vorangegangen war dem Referat eine Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises, in deren Verlauf der Rechenschaftsbericht des Vorstandes angenommen, der Vorstand entlastet und anschließend einstimmig wieder gewählt wurde. Danach bekleiden auch weiterhin: **Reinhard Muthmann** und **Heidrun Hoch** die Ämter des Vorsitzenden und des Stellvertreters, **Bert Mölleken** das des Schriftführers und zu Beisitzern wurden **Albert Rosser** und **Frank Spelleken** gewählt.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:	32. EAK-Bundestagung: 12./13. 4. 1991, Berlin, Kongreßhalle Alexanderplatz	Unsere Autoren:
Den Bürgerinnen und Bürgern Heimat geben 1	»Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe«	Bundesministerin Dr. Angela Merkel, MdB BM für Frauen und Jugend Kennedyallee 105-107 5300 Bonn 2
Wege aus dem Pflegenotstand 2	<u>Donnerstag, 11. April 1991: Rathaus Wilmersdorf</u>	Roswitha Verhülsdonk, MdB Parlamentarische Staats- sekretärin BM für Familie und Senioren Godesberger Allee 140 5300 Bonn 2
Das neue Europa beginnt 5	<u>Freitag, 12. April 1991: Kongreßhalle Alexanderplatz</u>	Dr. Ingo Friedrich, MdEP Bahnhofstraße 14 8820 Gunzenhausen
Verkündigung nach dem Ende des Sozialismus 7	13.00 Uhr Bundesarbeitskreis (gesonderte Einladung) Neuwahl des Bundesvorstandes	Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski Siegfriedstraße 11 6905 Schriesheim
Haifa im Februar 1991 – Ein Reisebericht 8	20.00 Uhr Begrüßung und Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU	Dr. Friedrich Menke Koenenkampstraße 28 2800 Bremen 1
Kurz notiert 11	20.15 Uhr Theologisches Abendgespräch „Evangelische Verantwortung in Deutschland“ Prof. Dr. Peter Bloth , Berlin Lothar de Maizière , MdB, Bonn Prof. Dr. Richard Schröder , Berlin Leitung: K. Rüdiger Durth , Bonn	Burkhard Budde Werburger Straße 6 4905 Spenge
Leserbriefe 12	<u>Samstag, 13. April 1990</u>	
Die Kirche braucht gute Freunde 12	9.00 Uhr Geistliche Morgenbesinnung	
Büchermarkt 13	9.30 Uhr Grußwort: Eberhard Diepgen , MdA Regierender Bürgermeister der Stadt Berlin	
Aus unserer Arbeit 14	9.45 Uhr Ansprache des Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU	
	10.30 Uhr Arbeitskreise 1: Zukunft der Arbeit 2: Zukunft der sozialen Dienste 3: Zukunft des Bildungswesens 4: Unsere Zukunft in der Welt	
	12.30 Uhr Mittagspause	
	14.00 Uhr Schlußkundgebung Bundesminister Dr. Günther Krause , MdB	
	16.00 Uhr Schlußwort	